

Verantwortl. Redakteur: N. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: N. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M., vierteljährlich.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Neblamen 30 Pf.

Deutschland.

Berlin, 26. November. Se. Majestät der Kaiser und Königin geruhete heute Nachmittag beim Kriegsminister General der Infanterie von Verdy du Vernois zu Mittag zu speisen.

Die geöffnete Hauptinspektur zum künftigen Kriegsministerium in der Leipzigerstraße, der bis auf die Straße gelegene Kuppelbau, der für die Vorübergehenden sichtbare Platzplanzenstand am Treppenaufgang im Hausflur, der mit dem Kuppelbau friedlich bewachte gallone Förtner, endlich die vor dem Gebäude aufgestellten Schutzmannsposten zu Fuß und Pferde, machten dem Publikum bemerkbar, daß es sich hier wohl um ein ungewöhnliches Ereignis handle. Bald ging dann auch die Mitteilung von Mund zu Mund, daß der Kaiser und Königin seinen Kriegsminister zur Mittagsstafel mit seinem Befehle beehren werde. Zu beiden Seiten des Thorweges, namentlich aber auf dem vom Kriegsministerium gegenüberliegenden Bürgersteig sammelten sich größere Menschenmengen, doch sorgten die Schutzleute, daß irgend welche Verlesung nicht eintrat. Wenige Minuten nach 5 Uhr nahnte in schlanter Trabe von der Wilhelmstraße her — der Kaiser war nach seiner in der dritten Nachmittagsstunde auf dem Stettiner Bahnhofe im Sonderzug erfolgten Rückkehr von den Jagden in Liebenberg nach dem künft. Schloße gefahren und hatte dort mehrere Vorträge und Redungen entgegengenommen — wenige Minuten nach 5 Uhr also nach der königlichen (offenen) Zweifelhäuser mit Se. Majestät und letzte in den Thorweg ein; das Publikum dort begrüßte den erlauchten Herrscher mit Hanteln und lauten freudigen Hochrufen. Kaum war der Wagen in den Hausflur gefahren, so wurden die Thorflügel zum hörbaren Bedauern der Menge, die gar zu gern der Kaiser nochmals beim Aussteigen begrüßt hätte, geschlossen. Der Verkehr nahm alsbald den gewohnten Charakter an. Se. Majestät war vom künft. Adjutanten vom Dienst, Major von Kessel, begleitet.

Die Tafel nebst angegeschlossenem Cerde vor Se. Majestät währte etwa drei Stunden. Dem Kriegsminister begab der Kaiser sich zu 3. f. Hebet der Frau Prinzessin Friedrich Karl, bei welcher 3. Majestät die Kaiserin-Königin zum Besuche weilte. Die erlauchte Frau war um 7½ Uhr auf dem Potsdamer Bahnhof eingetroffen und (in geschlossenem Zwischenschiff, voraus ein Spitzreiter) nach dem Palais der Frau Prinzessin Friedrich Karl am Wilhelmsplatz gefahren, um ihrer königlichen Hebet, sowie ihrer Hebet der Frau Herzogin von Sachsen-Altenburg einen Besuch abzustatten.

Der Kaiser und die Kaiserin nahen alsbald nach Charlottenburg, wo Hochzeiten im künft. Kaiserin-Augusta-Gymnasium der Schüler-Aufführung des Dramas „Die Verur“ von Schiller bewohnten. Von Charlottenburg begaben Ihre Majestäten sich vermittelst der Verbindungsbahn nach Station Wildpark zur Rückkehr in das neue Palais.

Am 29. November sind fünfzig Jahre verfloßen, seit König Friedrich Wilhelm III. dem damaligen Hauptmann im Generalstabe, dem jetzigen General-Feldmarschall Grafen von Moltke den Orden pour le merite, den höchsten Orden Preussens für kriegerischen Verdienst, verlieh. Die Kabinets-Ordre lautete:

„Ich will den Kapitän von Binde, Führer und von Moltke vom großen Generalstabe zum Beweise Meiner Zufriedenheit mit ihren Dienstleistungen während ihres Kommandos nach der Türkei, erheben beiden den ersten Adler-Orden vierter Klasse und letzteren den Verdienst-Orden zweiten Grades und überdies Ihnen anliegend die Insignien, um sie den genannten Offizieren auszuhandigen.“

Berlin, den 29. November 1889.

(gez.) Friedrich Wilhelm.
Wenige Wochen, bevor er diese hohe Auszeichnung empfing, hatte Hauptmann von Moltke den vaterländischen Boden wieder betreten, nachdem er vier Jahre lang in angestrengtester militärischer Arbeit in den europäischen und asiatischen Gebieten des damals noch wenig bekannten türkischen Reiches zugebracht hatte.

Als am 8. März 1879 Graf Moltke das sechzigjährige Dienstjubiläum beging, richtete sein Kaiser und Kriegsherr folgende Kabinets-Ordre an ihn:

„Mein lieber General-Feldmarschall! Wenn ich Ihnen bei der heutigen Feier Ihres sechzigjährigen Dienstjubiläums das Ihnen jedesseits streng mit Stern des Ordens pour le merite verliehe, so wünsche ich hierdurch zu bezeugen, daß es keine Anerkennung großer Thaten und militärischen Verdienstes geben kann, auf welche Sie nicht einen gerechten Anspruch erwerben hätten. Sie werden den Stern mit dem Bilde Meines großen Vorfahren mit dem erhabenen Bewußtsein tragen, in Wahrheit für alle Zeiten zu denjenigen zu gehören, die das Erbe des großen Königs — den Kriegsrath der preussischen Armee — treu bewahrt haben, auf welche Sein Auge von oben sicher mit Wohlgefallen gefallen hat. Meine jugendlich beifolgende Reiterstatuette aber möge Ihnen das Bild des Königs vergegenwärtigen, mit dem Sie die Schlachten von Königgrätz, Gravelotte und Sedan schlugen, der Ihnen schon oft aus tiefsterm Herzen gedankt hat und der es noch heute mit dem innigen Wunsche thut, daß Sie ihm, der Armee und dem Vaterlande noch recht lange erhalten bleiben mögen.“

Berlin, den 8. März 1879.

Ihr stets dankbarer König
(gez.) Wilhelm.

Dreimal ist außerdem die höchste Klasse des Ordens pour le merite verliehen worden: am 20. September 1866 an den Kronprinzen Friedrich Wilhelm und an den Prinzen Friedrich Karl, am 24. April 1878 an den Kaiser Alexander II. von Rußland. König Wilhelm legte sie am 11. November 1866, dem Tage des allgemeinen Friedens- und Dankfestes an, um sie, wie er sagte, nur als eine Anerkennung für die tapferen Thaten seiner braven Armee zu tragen. Die vier künftigen Helden, welche der goldene Stern mit dem Bilde des großen Königs schmückt hat, sind dahingegangen, und auch diesen Orden trägt der Feldmarschall nun als der Einzige. Es ist er auch der einzige im aktiven Dienst befindliche preussische Offizier, der den Orden pour le merite fünfzig Jahre trägt.

Welche erheblichen Aufwendungen in

Deutschland für die Regulierung und Unterhaltung der Ströme und der damit zusammenhängenden Schutz- und Verlehrsanlagen gemacht werden, ergibt sich aus den folgenden in jüngster Zeit für den Rheinstrom ermittelten amtlichen Daten. Im Esch-Verbringen sind seit 1841, dem Beginn der badischen und esch-lothringischen Rheinkorrection, bis 1889: 35,282,832 Mark für Korrection und Unterhaltung des Rheins verausgabt; daneben von 1852, von welchem Jahre ab größere Ueberschwemmungen zu umfassenden Deichbauten drängten, bis 1888/89 für Deichbau 3,565,548 Mark.

In Baden sind für Korrection und Unterhaltung von 1838 bis 1888 45,544,220 Mark aufgewandt; für Deichbau und Verbesserung des Flußprofils seit 1840: 3,354,667 Mark. Für den Hafen in Mannheim sind im Ganzen aus Staatsmitteln nicht weniger als 18,485,837 Mark, für die kleineren Häfen 1,749,371 Mark verausgabt.

Batzen hat für Korrection und Unterhaltung des Stromes von 1840 bis 1888 7,288,903 Mark aufgewandt; gleichzeitig haben die übrigen größtentheils von dem Kommunalverbande des pfälzischen Kreises bestrittenen Kosten für Deichbau sich auf 4,313,389 Mark belaufen. Endlich sind für die Hafenanlagen in Ludwigshafen rund 2 Millionen aus Mitteln des bayerischen Staates verwandt.

In Hessen sind im Ganzen, einschließlich Personal- und Verwaltungskosten, für Wasser- und Dammbau am Rhein aus Staatsmitteln von 1824 bis 1887/88 10,892,975 Mark verwendet.

In Preußen endlich sind allein auf die Regulierung des Rheins von 1840 bis 1889 90,421,154 Mark verfügbar gemacht. In den letzten Jahren sind überdies für den Ausbau von 5 Sicherheitsdämmen, Nideseim, Verley, Oberwinter, Oberlahnstein, Emmerich 1,300,000 Mark bereitgestellt. In diesen Summen sind weder die Kosten der Unterhaltung der Strom- und Schiffahrtsanlagen, noch die für Deichbau noch, endlich die Kosten für den Ausbau und die Unterhaltung der großen staatlichen Handelshäfen Ruhrort und Hochelien enthalten.

Ehen hieraus erhellt, daß die für die verschiedenen Rheinstrecken ermittelten Daten nicht auf der gleichen Grundlage beruhen und daher wohl nicht unter sich vergleichbar sind. Es kommt hinzu, daß in den Aufwendungen der oberrheinischen Uferstaaten die Kosten der großen im Landesinteresse und Gesundheitsinteresse unternommenen Korrection des Oberrheins miteinhalten sind, während in Preußen und Hessen Unternehmungen mit entsprechender Zweckbestimmung nicht in Frage standen, sowie, daß in den kleinen Staaten vielfach Aufgaben, welche in Preußen kommunalhaft sind, dem Staate obliegen. Immerhin zeigen die ermittelten Daten, in welchem Umfange dem Rhein die Fürsorge der Uferstaaten zu Theil wird.

Die Untersuchung in Betreff der Unterjochungen am Artilleriedepot in Mainz nimmt, wie der dortige „Anz.“ wissen will, immer größere Dimensionen an. Es habe sich nämlich herausgestellt, daß in früherer Zeit ebenfalls nicht Alles ordnungsmäßig zugegangen sei, und es sollen nunmehr sämtliche Bedienstete des Artillerie-Depots, welche seit 1871 dem Depot angehören, gerichtlich vernommen werden. Diefelben sind aber jetzt in ganz Deutschland zerstreut, viele sind in Zivilstellungen eingetreten, andere sind pensionirt, und eine ganze Reihe derselben ist bereits verstorben. Die Untersuchung wird sich aus diesem Grunde noch sehr lange hinausziehen.

Ein schon seit Jahren zwischen einem Berliner Arzte und einer Apotheke bestehendes Geschäftsverhältnis, zufolge dessen die Kranken von dem Arzte durch lediglich mit Ziffern bezeichnete Recepte gezwungen werden, nur diese Apotheke aufzusuchen, um jenes Arztes Verordnungen für sich zu erhalten, ist jüngst zur Kenntnis der Behörde in greifbarer Form gelangt. Wie nach der „N. A. Z.“ verlautet, ist den Beteiligten das Unstatthafte eines derartigen Kompagniegeschäftes unter Hinweis auf noch seit alter Zeit bestehende Bestimmungen bemerkt gemacht worden.

In deutschfreijährigen Blättern wird triumphirend berichtet, Herr Dr. Miquel habe entgültig erklärt, kein Mandat zum Reichstag mehr annehmen zu wollen — woraus die phantastischsten Folgerungen betreffs der politischen Lage gezogen werden. Die erwähnte Angabe ist durchaus unrichtig; Herr Miquel hat keine derartige Erklärung abgegeben. Er findet die Vereinigung seiner Pflichten als Oberbürgermeister von Frankfurt mit denen des parlamentarischen Mandats sehr schwierig, und es widerstrebt ihm, nur gelegentlich zu einer Abstimmlung zu erscheinen — was ja allerdings manche deutschfreijährige Abgeordnete ihrerseits für ausreichend halten. Es ist aber zu hoffen, daß Herr Miquel die Möglichkeit finden wird, beide Pflichten zu erfüllen, und daß er das Mandat wieder annehmen werde.

Der Magistrat von Nürnberg hat der Bürgerschaft eine sehr unangenehme Bescheidenerklärung: es sollen nämlich im nächsten Jahre auf städtischen Steuern statt der seitigen 100 Prozent der direkten Staatssteuern 120 Prozent erhoben werden. Diese außerordentlich hohe Steigerung wird bei den theueren Lebensmittelpreisen doppelt schwer empfunden.

Sehe neue Verbesserung und Vereinfachung der Rundreise-Karten zeigt von Neuem die Widerständigkeit des bestehenden Tarifs für die andern Fahrarten. Vom 1. Dezember ab wird es gestattet sein, Rundfahrten zusammenzustellen für die Hin- und Rückfahrt auf gleicher Linie. Hierdurch ergibt sich eine weitestgehende Vereinfachung für zahlreiche Reisen. So kann man in Zukunft z. B. mit einem Rundfahrkartenschein von Berlin nach München und zurück für 61,20 Mark (2. Klasse), während eine Rückfahrkarte 68,00 Mark kostet. In zahlreichen anderen Fällen wieder ist die Rückfahrkarte billiger als die Rundfahrkarte. Die Fahrarten-Verkaufsstellen werden nun in den seltensten Fällen über diese Preisunterschiede Belehrung erhalten können. Also aufgepaßt! muß es jetzt erst recht werden. Die Reisenden heißen, denn der Wirtswart der Fahrartenpreise ist eher größer als kleiner geworden. Die deutschen Eisenbahnverwaltungen glauben noch immer mit dem Flicken und Schneiden an den Rundfahrkarten dem aus dem Wege zu gehen zu können, was doch schließlich aller Tarif-

reform Ziel sein muß: der billige Sonnentarif nach dem so großem Erfolg gekrönten Vorgang der ungarischen Staatsbahnen.

Im Offizierkorps des Bundeslaubtenstandes der preussischen Armee hat eine größere Anzahl von Beförderungen stattgefunden. Wir zählen bei dem vom 19. d. Mts. datirten Avancement 36 Beförderungen zu Hauptleuten, 153 zu Premier-Lieutenants und 115 zu Sekonde-Lieutenants. Wieder angestellt sind 1 Hauptmann, 1 Premier-Lieutenant und 1 früherer Feldwebel als Sekonde-Lieutenant. 39 Offiziere der Reserve oder Landwehr sind aus der Armee ausgeschieden.

Man schreibt der „N. A. Z.“: „Unter den telegraphischen Nachrichten aus Brasilien befindet sich eine, welche für das Deutschland hervorsticht, aber bei dem allgemeinen Mangel an Kenntniss der einschlägigen Verhältnisse seitens der Presse nur geringe Beachtung zu finden scheint. Ich meine die Depesche, welche meldet, daß der Präsident von Rio Grande do Sul, der gleichzeitig Senator ist und sich nach Rio eingeschifft hatte, um an den Parlaments-Sitzungen theilzunehmen, bei seiner Ankunft im Hafen der Reichshauptstadt verhaftet worden und seitdem gefangen gehalten sei. Es handelt sich um niemand anders, als den vielgenannten Kriegsrathen Volkstribun Silveira Martins, hinter dem, wie Karl von Koseritz, der Führer der Deutschen in der genannten Provinz berichtet, auch die Bewohner der Kolonie-Distrikte (150,000 Deutsche) wie ein Mann geschlossen ständen. Aus den deutsch-brasilianischen Zeitungen, welche im Laufe der letzten Wochen in Europa anlangten, geht hervor, daß er als Präsident seiner Provinz energisch gegen die etwas zu vorlaut gewordenen Republikaner unter dem Beamtenthum und in der Militärschule von Porto Alegre eingeschritten ist. Eine Anzahl Amtsentsetzungen, bezw. Anstellungen aus der Schule, hat stattgefunden. Es ist leicht möglich, daß er sich dadurch viele Feinde unter den Republikanern im Allgemeinen und unter dem Militär im Besonderen gemacht hat. Dennoch wäre seine Verhaftung und Gefangenhaltung eine solche Unthat, daß die Sache wenig glaubhaft klingt und wohl noch der Bestätigung bedarf. Schließen Silveira Martins und sein mächtiger Anhang sich zur Herrschaft gelangten Republikanern nicht an, so ist zwar nicht auf den Versuch einer Restauration der Monarchie, aber eben so wenig auf den Bestand der Vereinigten Staaten von Brasilien in der bisherigen Ausdehnung dieses Landes zu rechnen. Mit Waffengewalt wenigstens sind die Südprowinsen nicht niederzuhalten. Das kleine vorhandene Heer von 13,000 Mann, selbst seine Treue gegen die derzeitigen Gewaltthäter vorausgesetzt, wäre nicht im Stande, die Provinzen wider ihren Willen zu einer Einheit zu verschmelzen.“

Posen, 26. November. Die heutige außerordentliche Generalversammlung der Provinzial-Altienarbeit des Großherzogthums Posen genehmigte einstimmig die von der Direktion vorgeschlagene Aenderung des § 3 des Statuts; derselbe soll fortan lauten: „Die Dauer der Gesellschaft ist nicht beschränkt.“ Vertreter waren 511 Aktien mit 94 Stimmen.

Wiesbaden, 26. November. Der Sultan von Lahore ist mit zahlreichem Gefolge, darunter eine Anzahl Damen, heute Nachmittag aus Frankfurt hier eingetroffen, besichtigte unsere Stadt und kehrte nach eingenommenem Diner nach Frankfurt zurück.

München, 26. November. An der morgigen ersten Hofjagd nehmen Theil mit den Prinzen Rupprecht, Arnulf und Alfons der General Graf Kanngießer, der englische und französische Gesandten, der russische Legationssekretär Schrapowitsch, sowie 30 sonst geladene Herren. — Oberhofmeister Graf Casell macht an Stelle des wegen Neuralgie für die diesjährige Jagdsaison beurlaubten Grafen Holnstein die Himmels.

Strasbourg i. G., 25. November. Der Statthalter hat zum Beordnen des Bürgermeisters von Strasbourg den Rechtsanwalt Dr. Leiber, Mitglied des Gemeinderaths, ernannt. Dr. Leiber ist Altdeutscher.

Oesterreich-Ungarn.
Wien, 26. November. (Böf. Ztg.) Mit dem 1. Januar erfolgt die Neuauflistung von 14 schweren Batterien. Die hierzu erforderlichen Beförderungen werden bereits am 1. Dezember bekannt gemacht werden. Die Neuauflistung für die verweirten erklärten Mandate der deutsch-liberalen Abgeordneten im böhmischen Landtage, deren Aufzeichnung für die Zeit des Jahreswechsels als eine besonders feindselige Handlung der Regierung den Deutschen gegenüber betrachtet wird, sollen, wie die „Prager Ztg.“ 24. November meldet, in den Landtagsbesitzungen am 30. Dezember stattfinden, in den Wahlbezirken der Städte und Industriorte am 2. Januar 1890 und in den Bezirken der Handels- und Gewerbestädte am 3. Januar.

Pest, 26. November. Noch immer tobt im ungarischen Reichstag die Budgetdebatte. Gestern hielt der bekannte Dichter Moriz Jókai eine sehr beifällig aufgenommene Rede, in welcher er die Unmöglichkeit des engsten Anschlusses Ungarns an Oesterreich und der Unterwerfung der auswärtigen Politik Oesterreich-Ungarns betonte, nicht nur moralisch, sondern auch thatsächlich und, wenn notwendig, mit Gut und Blut. Der Dreieund bilde ein Trias, welche den europäischen Frieden lange Zeit vor Unsturz schütze. Der Redner hob ferner die ausgezeichneten Verdienste Tiszas hervor. Graf Apponyi rechtfertigte die Haltung der Opposition und sprach sich gegen das Budget aus; die Befestigung Tiszas sei die Vorbereitung für ersprießliche Reformen. Ueber Graf Apponyis Rede geht dem „N. A. Z.“ folgende Depesche zu:

Graf Apponyi entwickelte in zweifelhäufiger Rede die Gründe, weshalb die Opposition das Budget ablehnen will. Er bezeichnete Tisza als einen „Opportunisten“, nicht im staatsmännischen Sinne des Wortes, dessen Politik nach den wechselnden Bedürfnissen des Landes sich ändert, sondern als „Opportunisten“, der Grundfälle behauptet oder fallen läßt, je nachdem sie seine persönliche Macht fördern oder schädigen. Um seine persönliche Macht zu behaupten, habe Tisza sich sogar, freilich mit Unlust, entschlossen, die Reform der Verwaltung durchzuführen, deren Mißbräuche

unter seinem Regime den Spott und Tadel von ganz Europa hervorgerufen. Diese Reform müße auf Prinzipien begründet werden, die in unlöslichem Widerspruch mit den Grundfällen stehen, denen Tisza bisher gehuldigt. Das Land könne kein Vertrauen hegen, wenn die Durchführung der Verwaltungsreform in den Händen eines Mannes liege, der den Ideen der modernen Verwaltung zeitweilen widerstrebe, der stets der zäheste Anhänger der verrotteten Komitatstwirtschaft gewesen.

Das Telegramm schließt mit der Bemerkung, daß Graf Apponyi zwar gestern einen großen reberischen Erfolg davongetragen, daß aber die Stellung Tiszas durch diese neuen Angriffe „unverändert“ bleibe. Auf die Dauer wird wohl doch der Tropfen den Stein höheln. Die Kämpfe im Pester Unterhause gehen fast einen Geburtsprobe, bei der es schließlich darauf ankommt, wer es am längsten aushält oder wer zuerst ermattet die Ränke ins Korn wirft. Vorläufig wird die unübersehbare Ausdehnung der Budgetdebatte für die Regierung in jeder Hinsicht sehr unangenehm sein. Die Opposition rechnet dabei auf populäre Erfolge, wie sie andererseits die Volkstheilnahme Tiszas zu untergraben hofft.

Belgien.
Brüssel, 24. November. König Leopold hat am Freitag den Koadjutor des Kardinals Lavergne, Mgr. Brincant, empfangen. Derselbe überreichte dem Könige ein Werk von 725 Seiten, in welchem die auf das Unternehmen des Kardinals bezughabenden Christliche Zusammenfassung sind, sowie einen sehr langen Brief des Kardinals an den König. Kardinal Lavergne betrachtet sich in diesem Briefe als „Nachfolger des heiligen Cyprian, dessen Mitleid für die afrikanischen Gefangenen so groß war, daß er die geweihten Kirchengefäße verkaufte, um mit dem Erlöse die Sklaven loszukaufen.“ Die vom Kardinal einberufene Antisklavereiverammlung sei verlagert worden, um der Konferenz der Mächte den Vorrang zu lassen und keinerlei Druck auf dieselbe auszuüben. Um diesem christlichen Kreuzzuge jeden politischen oder speziell katholischen Charakter zu benehmen, habe der Papst, „wie die Annahme eines Territoriums verweigert, welches noch nicht unter europäischem Einfluß stehe und welches auf Antrag eines katholischen Fürsten an den päpstlichen Stuhl überlassen werden sollte.“ Kardinal Lavergne vertheidigt sich gegen den Vorwurf, als habe er die Sklaverei mit einer einzigen, gewaltsamen Unternehmung ausrotten wollen. „Alle Armeen und alle Schiffe Europas würden das nicht zu Stande bringen. Aber indem die Kirche der fortschreitenden Zivilisation die Lösung dieser Frage überläßt, verlangt sie gleichzeitig, daß man der Ausbreitung dieses Übels aus allen Kräften entgegenarbeite.“ Als Mittel zur Unterdrückung des Sklavenhandels bringt Kardinal Lavergne in Vorschlag die Einrichtung eines ständigen Kreuzerdienstes auf dem oberen Kongo und auf dem Meere, sowie internationalen Schutz für alle gegen die Sklaverei gerichtete Missionen, ohne Unterschied der Nationalität und Religion. Er erklärt, daß er die Summe von 20,000 Franken erhalten hat, um dieselbe als Preis auszugeben für das beste Werk, welches Europa für die Sklavereibewegung begeistern wird. „Mein Unternehmen“, so schließt der Kardinal, „wird nach wie vor die größten Anstrengungen machen, um die Mächte bei ihren Bemühungen zur Unterdrückung der Sklaverei zu unterstützen, indem wir nämlich auf die öffentliche Meinung einwirken, Geldmittel sammeln und die Anwerbung von Freiwilligen betreiben.“ Mgr. Brincant hat sich nach der Audienz sofort zu den portugiesischen Bevollmächtigten begeben und hat dieselben ersucht, keinerlei Territorialfragen bei den Verhandlungen aufzuwerfen.

Frankreich.
Paris, 25. November. Bekanntlich beantragte der neue Kriegsminister im Jahre 1887 die Bildung von zehn neuen Kavallerie-Regimentern, um den Unterschied der größeren Kavalleriemassen Deutschlands auszugleichen, und denkwürdiger Weise beantwortete die Militär-Kommission der Kammern diesen Antrag mit der Bewilligung von dreizehn (6 Husaren, 4 Dragoner- und 3 Chasseurs-) Regimentern.

Bisher bestanden siebenzig (mit zwar 12 Kürassier-, 26 Dragoner-, 32 Husaren-, bezw. Chasseurs-) Regimentern, zu welchen die neuen hinzutreten sollten, bezw. bereits hinzutreten sind. Freilich will aus den neu bewilligten vier Husaren- zwei Kürassier- und zwei Dragoner-Regimentern formiren, so daß die Gesamtzahl wäre: 14 Kürassier-, 32 Dragoner- und 35 Husaren-, bezw. Chasseurs-Regimentern (Summa 83 Regimentern). Der organisatorische Zweck dieser Maßregel ist: 7 Kavallerie-Divisionen zu 2 Kürassier-, 2 Dragoner- und 2 Husaren-Regimentern aufzustellen und die 38 Infanterie-Divisionen je ein Regiment Divisions-Kavallerie zu geben, den Rest aber von 3 Regimentern zur Verfügung für Sonderzwecke zu behalten. Diese beabsichtigte Aenderung giebt der „Revue des deux Mondes“ Gelegenheit, in einem recht beachtenswerthen Artikel, der auch bei uns Interesse erregen möchte, die Sache zu beleuchten.

Die Franzosen ahnten die, bei uns seit 1873 gebräuchlichen, Uebungen mit Kavallerie-Divisionen nach, begannen mit der Ausführung derselben aber erst im Jahre 1881. Es zeigte sich bei den Uebungen dasselbe Bild wie in Deutschland, daß die in sich außerordentlich beweglichen Brigaden und Regimentern im Divisions-Verbande anfänglich eine wahrhaft erstaunliche Unbeholfenheit zeigten und damit bewiesen, wie unbedingt nötig das Mandiriren in größeren Verbänden sei. Fünf Jahre lang wurden abwechselnd alle Regimentern zu diesen Uebungen herangezogen. Seit 1887 aber schließt man die 38 Regimentern Divisions-Kavallerie völlig von diesen Uebungen aus, welche nur in Brigaden manövriren. Die „Revue“ meint, daß dies ein großer Fehler sei, indem man nie wissen könne, wie oft man gezwungen werden müßte, auch die Divisions-Kavallerie in größere Verbände zu versetzen; dann aber würden diese Verbände völlig unfähig sein, etwas Ernstliches auszurichten. Andererseits aber seien diese Brigaden-Uebungen überflüssig, da die Divisions-Kavallerie nur etwas lernen könne, wenn sie im Verbande der drei Waffen für ihren speziellen Dienst ausgebildet würde.

Italien.
Rom, 26. November. Die von der italienischen Regierung so pompös angekündigte „innere Kolonisation“, die einen Damm gegen die immer mehr überhand nehmende Auswanderung bilden sollte, liegt sehr im Argen. Man hatte — wie man dem „N. A.“ von hier schreibt — dieses viel versprechende Werk damit angefangen, daß man eine Anzahl armer venezianischer Bauernfamilien, die sonst nach Südamerika gezogen wären, auf Staatskosten nach Sardinien schickte. Natürlich verpfand man den Leuten die zu bewohnenden Terrains, Unterstützung in Naturalien u. s. Als die Kolonisten aber in der neuen Kolonie angekommen waren, stellte es sich heraus, daß in keiner Weise für sie gesorgt war. Die urbar zu machenden Terrains waren allerdings vorhanden, aber in einem derartigen Zustande, daß die Kolonistlinge vor dem Verlaufe mehrerer Jahre keinen Vortheil daraus erwarten durften. Dazu kam die in Sardinien herrschende Noth und die wenig freundliche Aufnahme, die die arbeitslose und hungrende einheimische Bevölkerung den konkurrierenden Kolonisten angedeihen ließ. Die Kolonisten hegen nun keinen fernsichtigen Wunsch, als schleunigst nach dem Festlande zurückzukehren, allein die Regierung soll — dem regierungsfreundlichen Mäntler „Corriere“ zufolge, dem Präfecten von Sassari telegraphisch haben, den Leuten keine freie Rückreise zu gewähren, sondern sie eher ein paar Tage in der Gefangenschaft lassen. Was hieran Wahres oder Falsches ist, mag der „Corriere della Sera“ verantworten. Thatsache scheint es leider, daß die gute Absicht des Ministers des Innern durch die Zusammenwirkung allerlei ungünstiger Faktoren hinsichtlich der „inneren Kolonisation“ vorerst gescheitert ist.

Turin, 25. November. Die Fusion der Banca Subalpina und Credito Torinese ist perfekt geworden; die neue Bank wird den Namen Credito Subalpino tragen und ein Aktienkapital von 20 Millionen haben.

Großbritannien und Irland.
London, 26. November. Stanley wird erst Ende Januar in London erwartet; er ist, wie offiziell von beteiligter Seite mitgeteilt wird, definitiv in die Dienste der britisch-afrikanischen Gesellschaft getreten und wird vor seiner Abreise nach England schon nach Mombasa gehen, um dem Direktor Madenzie bei der Organisation der Verwaltung zu helfen. Später wird Stanley die Direktion des Gesellschaftsgebietes in Afrika übernehmen und in Uebereinstimmung mit den Statuten der Gesellschaft britischer Staatsbürger werden.

Brasilien.
London, 26. November. Ueber die Lage in Brasilien sind hier sehr beunruhigende Gerüchte in Umlauf; vom britischen westindischen Geschwader sollen zwei weitere Kriegsschiffe nach Rio beordert worden sein.

Als Damara Land wird gemeldet, daß Hauptmann von Francois die Güter des vielgenannten Engländers Lewis konfisziert hat; der Handel liegt vollständig darnieder. Die Mission eines Mr. Tallow, für welche derselbe in Kapstadt ein Einfluß-Zertifikat erhielt, wurde trotzdem von Herrn v. Francois mit Beschlag belegt, auch die Waaren anderer britischer Händler wurden konfisziert. Unter den Eingeborenen haben große Kämpfe stattgefunden; der Häuptling Witbooi hat sich zum Herrn von Namaqua-Land gemacht und plant einen Angriff auf Oshimbingue.

Rußland.
In russischen amtlichen Kreisen verlautet gerüchelt, daß zwischen Rußland und der Türkei geheime Unterhandlungen angeknüpft worden seien für die Abtretung eines Theils von Türkisch-Armenien seitens der Türkei an Rußland. Die Abtretung soll anfangs nächsten Jahres förmlich stattfinden, wenn die Unterhandlungen erfolgreich sind. Die Türkei wird voraussichtlich durch Annulirung der russischen Kriegsschuldung und gewisse Bürgschaften schadlos gehalten werden.

Rumanien.
Bukarest, 26. November. Die von den Anhängern des zurückgetretenen Kabinetts aufgestellten Kandidaturen Catargius für das Präsidium des Reichstages und Florescus für das Präsidium des Staatsministeriums werden für aussichtslos betrachtet.

Serbien.
Wir haben wiederholt bemerkt, daß uns die Massen-Emigration von Montenegro nach Serbien, die angeblich wegen des in Montenegro herrschenden Nothstandes erfolgt ist, verdächtig erscheine. In diesem Verdacht können wir durch die Meldung nur bestärkt werden, daß der slavische Wohlthätigkeitsverein in Rußland Sammlungen für die nach Serbien eingewanderten Montenegrier veranstaltet hat und daß in allen russischen Kirchen Gelber für dieselben gesammelt werden. Es kann sich wohl schwerlich bloß um die Ueberwindung Noth dieser Ummwanderer handeln, die ja in Serbien nicht hätten zugelassen werden können, wenn nicht vorgeordnet worden wäre, daß sie dort Arbeit finden und durch dieselbe ihr Leben fristen können. Oder sollten die Montenegrier in Serbien mit ihrer Einwanderung dort andere Zwecke verfolgen, als beim Landbau Brod zu finden?

auf 10 Millionen Dollars geschätzt.